

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter
 MIT „FRAUENRECHT“ UND „ARBEITSRECHT“

Erscheint jeden Donnerstag, Redaktionschluss Sonnabend.
 Verantwortlich für die Redaktion: A. Lanke, Berlin NW 40,
 Reichstagsufer 3. — Fernsprecher: Amt Roma 8462 u. 4934

Verlag: A. Lanke, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3.
 Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt
 Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bezugspreis: 1,50 M monatlich. Zu beziehen durch die Post.
 Inserate: Die 6 gespaltene Nonpareillezeile bei Arbeitsmarkt
 Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankentafeln 30 Pf.

Das Parlament der Einheitsorganisation

(Fortsetzung)

Baekert geht in seinen weiteren Ausführungen auf die von der Organisation geführten wirtschaftlichen Kämpfe ein und berichtet über die Erfolge, die bereits in der „Einigkeit“ veröffentlicht wurden. Es kann hierbei festgestellt werden, daß in der Zeit der wirtschaftlichen Depression nicht immer in allen Berufsgruppen die berechtigten Forderungen in Erfüllung gehen konnten. Im allgemeinen ist zu bemerken, daß bei den Forderungen auf bessere Entlohnung wie auch der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erhebliche Fortschritte zu verzeichnen sind, trotz der Wirtschaftskrise.

Fiedler erstattete den Kassenbericht und verwies auf die neuen Einrichtungen, die innerhalb des Kassenwesens nach der Fusion geschaffen werden mußten. Die Hauptkasse müsse ganz besonderes Gewicht darauf legen, daß in der Kassenführung der Ortsgruppen die größte Ordnung herrsche. Für die Kassenführung sind neben den Ortsgruppenvorständen die Revisoren mitverantwortlich. Die Anstellung eines Verbandsrevisors sei in der gegenwärtigen Zeit nicht zu empfehlen, weil im allgemeinen über Verfehlungen im Kassenwesen wenige Fälle zu verzeichnen sind.

Lanke berichtete über die Redaktion. Bei der Herausgabe der „Einigkeit“ als Organ des neuen Verbandes mußte Bedacht darauf genommen werden, den einzelnen Berufsgruppen Rechnung zu tragen. Es wurden besondere Rubriken eingeführt, jedoch im Laufe der Zeit stellte sich heraus, daß diese Einrichtung nicht mehr haltbar war. Sie wurde mit Beginn dieses Jahres beseitigt, ohne Widerspruch bei den Mitgliedern hervorzurufen. Neu geschaffen wurde die „Jugendwacht“, als besonderes Organ für die Lehrlinge und jugendlichen Mitglieder. Soweit Beobachtungen vorliegen, hat sich diese Zeitschrift im Dienste der Jugendbewegung gut bewährt. In der „Einigkeit“ werden in einem besonderen Teil die spezifischen Fragen für die Frauen behandelt. Da die Aufgaben der Gewerkschaftspressen längst andere geworden sind als zur Zeit der Gründerjahre der Gewerkschaften, muß die „Einigkeit“ in die Familienkreise unserer Mitglieder eingeführt werden. Die Redaktion plant eine Umstellung in der Weise, daß das „Frauenrecht“ allwöchentlich erscheint und der Unterhaltungsstil besser ausgestaltet wird. Bei der großen Bedeutung der Gewerkschaftspressen muß darauf gesehen werden, daß eine planmäßige Verbreitung seitens der Ortsgruppenleitungen bei den Mitgliedern erfolgt. Die Redaktion wiederum ist bestrebt, die Zeit von der Druckerherstellung bis zur Aushändigung an die Mitglieder möglichst zusammenzudrängen. Beschwerden über die Redaktionsführung sind im Sinne unserer statutarischen Bestimmungen nicht erfolgt. Soweit Proteste über die Schreibweise der Redaktion vorliegen, beschränken sich diese auf ihre Stellungnahme zu den politischen Wahlen. Wir hatten sowohl 1928 wie bei den letzten Reichstagswahlen für die Sozialdemokratische Partei geworben, deshalb, weil die Redaktion der Überzeugung ist, daß als politische Interessenvertretung für die Arbeiterschaft nur die Sozialdemokratische Partei in Frage kommt. Die Gewerkschaften sind verpflichtet, mehr denn je auch aktiv bei den Wahlen einzugreifen. Wir haben ein lebhaftes Interesse in der Zusammenziehung des Reichstages und der jeweiligen Regierungen, und folglich müssen wir auch unseren Einfluß geltend machen, daß wir eine starke Interessenvertretung im Reichstag erhalten. Da wir waren Mitglieder mit kommunistischer Einstellung nicht einverstanden und sie forderten auch die Aufnahme von Kritikern, die für die kommunistische Partei werben. Solche Artikel mußte die Redaktion zurücksenden, denn es ist ganz undenkbar, daß für eine Partei Propaganda gemacht werden kann, die bestrebt ist, mit der indifferenten Masse die Gewerkschaften zu zertrümmern und sich in hervorragender Weise bemüht, die Funktionäre der Gewerkschaften zu verleumden. Der Verbandstag muß zu dieser Einstellung der

Redaktion seine Meinung abgeben. Lehnt der Verbandstag diesen Standpunkt der Redaktion ab, dann könne Lanke die Verantwortung für das Verbandsorgan nicht mehr übernehmen. Außerdem erscheinen drei technische Zeitschriften, die sich eine sehr gute Aufnahme in weiten Kreisen der Fachleute wie auch der Berufsschulen erringen konnten. Ob der Zustand auch in Zukunft weiter bestehen kann, daß eine Zeitschrift nur im Abonnement von den Mitgliedern bezogen wird und andere Zeitschriften gratis an die Mitglieder abgegeben werden, darüber soll auch der Verbandstag eine Entscheidung treffen.

Wittich, Vorsitzender des Verbandsausschusses, berichtete über seine Tätigkeit und stellte fest, daß in kollegialer Weise die Zusammenarbeit mit dem Verbandsvorstand erfolge. Der Verbandsausschuß ist der Meinung, daß er nicht nur als Beschwerdeinstanz gelten könne, sondern er müsse auch bevollmächtigt werden, die Tätigkeit des Verbandsvorstandes zu überwachen.

In der Diskussion herrscht im allgemeinen Einverständnis über die vom Verbandsvorstand geübte Taktik.

Volkmann-Herford wendete sich gegen den Kartellvertrag mit dem Verband der Fabrikarbeiter. Es sei der Organisation nicht möglich, die Margarinearbeiter dort zu bewegen, in den Fabrikarbeiter-Verband überzutreten.

Schulz-Berlin wünscht, daß das Agitationsmaterial nach den örtlichen Verhältnissen zugeschnitten werde.

Wenn die politische Einstellung der Redaktion richtig sei, dann sei eine Änderung des Statuts notwendig, wonach parteipolitische und religiöse Fragen in der Organisation nicht behandelt werden dürfen.

Nawroth-Breslau verlangt das Eingreifen des Bundesvorstandes bei auftretenden Grenzstreitigkeiten. Es sei nicht der Gewerkschaftsbewegung förderlich, wenn sich durch die Grenzstreitigkeiten Zustände herausbilden, die letzten Endes zu einer Schädigung der Gewerkschaften führen. Der Fleischerbund kann unmöglich als tariffähig anerkannt werden, denn seine Einstellung sei meistertreu und widerspreche den von den Spitzenorganisationen aufgestellten Richtlinien. Es muß daher eine Klärung erfolgen, denn durch die Anerkennung des Fleischerbundes als tariffähige Gewerkschaft seien unhaltbare Zustände eingegriffen.

Heßler-Mannheim fordert Änderungen des Betriebsrätegesetzes.

Fischer-Berlin bemerkt, daß unser Verbandsorgan gute Aufnahme bei den Mitgliedern gefunden habe. Er wünscht, daß wichtige Artikel als Merkblätter den Funktionären zugestellt werden. Die fachtechnischen Zeitungen werden von den Mitgliedern gut aufgenommen. Es sei jedoch zu wünschen, daß unseren weiblichen Funktionären in größerer Anzahl die gewerkschaftliche Frauenzeitung zugestellt werde. Der Lehrlings- und Jugendbewegung haben wir alle Beachtung zu schenken. Der Verbandsvorstand möge recht bald eine Werbebroschüre für die Jugend herausgeben.

Hilz-Karlsruhe vertritt die Meinung, daß die „Einigkeit“ für die Getränkeindustrie unbrauchbar ist, weil viel zu wenig auf sie Bezug genommen wird. Der Abwehrkampf gegen die Biersteuer sei nicht mit der notwendigen Ueberzeugungskraft geführt worden.

Strauß-Halle vermisst den Hinweis im Geschäftsbericht, wie sich der Mitgliederzuwachs auf die einzelnen Gruppen verteilt. Wie die Jahrbücher ausweisen, stammt der größte Teil der neu gewonnenen Mitglieder aus der Getränkeindustrie. Agitationsmaterial sei reichlich herausgegeben worden; der Verbandsvorstand soll in der gegenwärtigen Zeit hierbei ein langsames Tempo einschlagen.

Meier (Verbandsvorstand) gibt Aufklärung über die Einstellung der Organisation in der Biersteuerfrage und über die daraus entstandene Kontroverse mit dem Brauerbund.

Bieber-Freiburg vertritt die Meinung, es wäre besser gewesen, wenn der Verbandstag auf eine günstigere Zeit verschoben worden wäre. Jetzt sei auch für den Vorstand eine Uebersichtlichkeit des Arbeitsfeldes nicht möglich. Wir müssen vom ADGB fordern, daß er sich zu unseren Forderungen entscheidet. Eine Arbeitszeitverkürzung ist unbedingt notwendig, sonst können wir leicht bei kommenden Wahlen noch größere Schläppen erleiden. In bezug auf die Biersteuerfrage scheiden wir uns konsequent von der Einstellung unserer gewerkschaftlichen Spitzenorganisation.

Schneidbögl-Frankfurt a. M.: Es müsse vom Verbandsvorstand die Möglichkeit geschaffen werden, Material für die Betriebsräte anzuschaffen. Der Vorstand muß auch gegen die einreizende Nacht- und Sonntagsarbeit in der Getränke- und Mühlenindustrie einschreiten. Mit Geldanlagen müsse der Vorstand äußerst vorsichtig verfahren. Es ist zu bemängeln, daß uns der Kassenbericht bis zum Verbandstag nicht vorgelegt wurde. Die Anstellung eines Kassenrevisors ist unbedingt notwendig.

Eggert vom ADGB bemerkt, daß die gewerkschaftliche Spitzenorganisation die Vorgänge in den einzelnen Verbänden genau verfolgt. Unsere Literatur und die „Einigkeit“ haben sich einen vornehmen Platz in der Gewerkschaftspressen gesichert. Bei auftretenden Grenzstreitigkeiten habe der Bundesvorstand keine Exekutivgewalt zum Eingreifen. Durch die technische Entwicklung sei alles im Fluße, und was heute für die einzelnen Gewerkschaften maßgebend sei, könne morgen bereits überholt sein. Wir mußten uns für die Vorlage der Regierung entscheiden, denn sie war für uns als Gesamtvorlage maßgebend. Wenn die Einstellung des Verbandes so zu werten ist, daß er protestiert gegen die Versuche der Unternehmer, durch die Biersteuererhöhung ein besonderes Geschäft zu machen, so gehe der Bundesvorstand mit uns konform. Die Beschwerde gegen den Fleischerbund sei berechtigt und es ist die Frage zu prüfen, ob überhaupt solche Organisationen sich durch Anschluß an eine gewerkschaftliche Spitzenorganisation die Tariffähigkeit erringen können. Die hier gemachten Anregungen auf Verbesserung des Betriebsrätegesetzes werden im gegenwärtigen Parlament keine Unterstützung finden. Aber erwägenswert ist für die Gewerkschaften, zu prüfen, welche Einstellung sie vornehmen zu den Angriffen der Unternehmer bei Maßregelungen wegen der Maisfeier. Es wäre zu begrüßen, wenn durch diesbezügliche Anträge seitens der Gewerkschaften sich der kommende Gewerkschaftskongress damit beschäftigen würde. Zu der wichtigen Frage der Arbeitszeitverkürzung habe der Internationale Kongress in Stockholm Stellung genommen. Da jedoch die Weltwirtschaftskrise in einem Ausmaß eingegriffen ist, wie noch niemals, auf der anderen Seite die technischen Fortschritte ganz gewaltige sind, wird trotz einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit die Aufnahme der Arbeitermassen in den Produktionsprozeß nicht möglich sein. Die Beseitigung der Weltwirtschaftskrise bedingt noch andere Maßnahmen, die mit der Zollpolitik in engster Berührung stehen.

Kandlbinder-München ist mit der Mitgliedersteigerung nicht zufrieden. Vom ADGB könne nicht verstanden werden, daß er nach seinen großen Bemühungen, den Zusammenschluß der Verbände zu erreichen, nicht die folgerichtigen Konsequenzen gezogen habe und das uns zuständige Gebiet abgrenzte. Der Kartellvertrag mit dem ZöZ ist unverständlich. Er vermisst jede Klarheit, weil nur für eine bestimmte Betriebsarbeit eine Regelung erfolgte. Gegen die vielen Reichs- und Berufskonferenzen, wie sie im Laufe der letzten Jahre stattfanden, müsse Einspruch erhoben werden.

Kiepl-Leipzig: Der ADGB habe heute das Recht, gegen unberechtigte Firmierungen der Verbände Einspruch zu erheben. Es müsse unter allen Umständen der Verbands-

